



# BUNDESPRÄSIDENTIALAMT

Die Rede im Internet:  
[www.bundespraesident.de](http://www.bundespraesident.de)

Seite 1 von 7

**Bundespräsident Joachim Gauck  
bei der Gedenkstunde des Deutschen Bundestags zum  
60. Jahrestag des Volksaufstands vom 17. Juni 1953  
am 14. Juni 2013  
in Berlin**

Erinnerung kann fast alles sein. Sie kann Trost spenden, anerkennen und würdigen. Sie kann aber auch der Tarnung und Täuschung dienen, kann Hindernis statt Hebel sein, kann verdunkeln statt zu erhellen. Wenn ich mir etwas wünschen darf heute, dann ist es dies: Dass das Wissen über den 17. Juni in der DDR zum Allgemeingut aller Deutschen wird und dieser Tag damit jene Anerkennung erfährt, die ihm als Volksaufstand gebührt.

Zu meiner Freude versammeln sich in diesen Tagen überall in Deutschland viele, die damals auf die Straße gegangen sind. Einige von ihnen kann ich heute bei dieser Feier begrüßen.

Sie haben damals in Leipzig, Dresden und an vielen anderen Orten der DDR, Görlitz will ich nicht unerwähnt lassen, den Widerstand 1953 miterlebt und mitgetragen. Sie sind aus der Fabrikhalle, aus dem Hörsaal oder aus Ihrem Wohnzimmer hinaus auf die Straße gegangen, weil Sie eine gemeinsame Hoffnung teilten: die Hoffnung, dass man mit Entschlossenheit die Gesellschaft verändern kann.

Ich war damals noch ein Kind, erst dreizehn, aber ich erinnere mich sehr genau an die Welle der Euphorie, als die Werftarbeiter in Rostock und Warnemünde streikten. Wir hatten schulfrei. Ich hing am Radio, hörte Westsender, wenn sie nicht gerade gestört waren, und ich war mir sicher: Es wird nicht weitergehen wie bisher. Jetzt beginnt eine neue Zeit! – Diese Zuversicht beflügelte damals Millionen.

Vor allem der RIAS war 1953 unsere Informationsquelle. Menschen aus dem Ostsektor berichteten von protestierenden Arbeitern auf der Stalin-Allee und von langen Demonstrationszügen in mehreren Stadtteilen, auch von schweren Zerstörungen und

ANSCHRIFT	Bundespräsidialamt 11010 Berlin
TEL / FAX	030 2000-2021/-1926
E-MAIL	presse@bpra.bund.de
INTERNET	<a href="http://www.bundespraesident.de">www.bundespraesident.de</a>

gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Zwischen Hochgefühl und tiefem Entsetzen lagen allerdings nur wenige Stunden. Acht Jahre nach Kriegsende rollten wieder Panzer durch die Berliner Straßen, wurde auf Menschen geschossen, es gab Schwerverletzte und Tote. Mit Hilfe der sowjetischen Verbündeten schlug die DDR-Regierung den Aufstand nieder.

Im Rückblick erkennen wir die Dynamik des Geschehens sehr viel klarer, können uns auf umfassende Berichte und Dokumente stützen und sind nicht mehr beschränkt auf die eigene oder eine ideologisch verzerrte Perspektive.

Heute wissen wir: Der 17. Juni war weit mehr als ein singuläres Ereignis in der Hauptstadt der DDR. In mehr als 700 Orten kam es zu Streiks, Kundgebungen, auch zur Erstürmung von SED- und Polizeigebäuden, Hunderttausende Bürger schlossen sich den Aktionen an. Es war übrigens auch kein singulärer Protest in einer Gesellschaft der völlig Angepassten. Jahrelange Protestaktionen und Widerstand – wenn auch in geringerem Ausmaß – gingen ihm voraus. Es gab Widerstandsgruppen besonders unter Schülern in Thüringen und Sachsen. Es gab Flugblätter, Losungen an den Wänden, einen selbstgebastelten Radiosender, der 1949 im Umkreis von 40 Kilometern die Festrede von Staatspräsident Wilhelm Pieck zum 70. Geburtstag von Stalin störte. Und es gab viele Menschen, die individuell oder in kirchlichen und anderen Gruppen Widerspruch wagten oder in den Blockparteien ein eigenes, nicht völlig gleichgeschaltetes Parteiprofil zu erhalten suchten. Mehr als 900 DDR-Bürger wurden bis 1953 von den sowjetischen Militärtribunalen zum Tode verurteilt und in Moskau hingerichtet – unter ihnen mein Rostocker Landsmann Arno Esch, ein liberaler Student an unserer Universität: unschuldig, wie die allermeisten dieser Opfer. Der russische Verein MEMORIAL hat die Liste der Opfer zusammengetragen. Sollten wir diesen Menschen nicht endlich einen angemessenen Platz in unserem kollektiven Gedächtnis geben?

Wir wissen auch längst: Der 17. Juni war mehr als ein Arbeiteraufstand. Das viel zitierte Gesetz über die Normerhöhung bildete nur die Initialzündung für eine kollektive Erhebung. Seit Sommer 1952 war der sogenannte „planmäßige Aufbau des Sozialismus“ verschärft worden und hatte vor fast keiner sozialen Gruppe Halt gemacht. Auch wir Jüngsten spürten das: Denn wir Kinder wurden in den Schulen indoktriniert, größere Schüler zum Arbeitseinsatz verpflichtet oder die Mitglieder der Jungen Gemeinde wurden von den Oberschulen relegiert, Studentenpastoren sogar verhaftet – trotz einer Verfassung, die Meinungs- und Religionsfreiheit garantierte.

Der Druck war allgegenwärtig. Das spürten die Bauern, die in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften gezwungen werden

sollten, sie spürten es ebenso wie die Handwerker und Gewerbetreibenden, die durch den Staat durch neue Steuern an den Rand ihrer Existenz gebracht wurden. Und während die Lebensmittel knapper wurden, nahm die Zahl der Haftstrafen beständig zu. Der Versuch, mit einem „Neuen Kurs“ die Bevölkerung zu beschwichtigen, kam halbherzig und er kam zu spät. Der Aufstand brauchte also keine Verschwörer oder konspirative Kräfte aus dem Westen, deren Existenz die SED später so hartnäckig behauptete. Der Aufstand entsprang vielmehr der millionenfach empfundenen Wut über Unrecht und unhaltbare Zustände – Arbeiter im Blaumann folgten ihm genauso wie Studenten, Landwirte und Hausfrauen. Die Belegschaften der großen Werke in Bitterfeld und Halle waren genauso dabei wie die Einwohner von Görlitz, die das Haus der SED-Kreisleitung und zwei Gefängnisse stürmten. Sogar einige Mitglieder der SED konnten sich dem Sog der Bewegung nicht entziehen. So geschah es damals, dass sich sogenannte Linientreue – ob aus Angst oder aus neugewonnener Überzeugung – am 17. Juni auf offener Straße ihre Parteiabzeichen von der Brust nahmen. Die Forderungen damals waren so vielfältig wie die Fordernden, sie reichten von der Rückgabe der Normerhöhung bis hin zu freien Wahlen, von der Aufhebung der Zonengrenze und vereinzelt bis hin zu nationaler Einheit.

Der 17. Juni war ein Volksaufstand für Demokratie und Recht.

Er entwickelte eine Strahlkraft bis in den Gulag. Dort hat die Nachricht es hingeschafft über zehntausende von Kilometern. Hin zu den völlig abgeschiedenen, fast vollständig von der Außenwelt isolierten Straflagern im Ural. Auch in Workuta zündete der Funke. Menschen, die dort am Ende ihrer körperlichen Kräfte und am Ende ihrer Duldsamkeit waren, traten in den Streik. Der Lageraufstand dort wurde im Sommer 1953 brutal niedergeschlagen, doch den Überlebenden galt der 17. Juni auch danach als Zeichen des Neubeginns.

„Kollegen reiht` Euch ein. Wie wollen freie Menschen sein!“ Unter dieser Losung von damals hat die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur eine Ausstellung erarbeitet, die in vielen Orten unseres Landes Station macht. Das Begleitheft liegt auf meinem Schreibtisch. Es berührt mich, auf den Schwarz-Weiß-Aufnahmen von damals couragierte, oftmals ausnehmend fröhlich blickende Menschen, Männer und Frauen, zu erkennen – Menschen, die einmal mehr bewiesen haben: *Auch Deutsche können Widerstand!* Wir sehen die Hoffnung, die Unbeugsamkeit und die Zuversicht in den Gesichtern – und werden gleichzeitig schmerzvoll daran erinnert: So viele bezahlten ihren Mut mit großen Opfern, einige auch mit dem Leben.

Die genaue Zahl der Toten vom 17. Juni, die kennt niemand. Für die SED war der 17. Juni – genauso wie für die Führung in Moskau – ein faschistischer, vom Westen gesteuerter Putsch. Teilnehmer wurden

als „Rädelsführer“ beschuldigt und standrechtlich erschossen. Sie wurden in Stasi-Gefängnissen gefoltert und als Selbstmörder ausgegeben. Sie wurden zufällig getötet oder ganz gezielt zur Abschreckung hingerichtet. Einer von ihnen, Wolfgang Röhling, nur wenig älter als ich damals, starb mit fünfzehn Jahren, weil er im Spandauer Schifffahrtskanal baden wollte. Ein vierundzwanzigjähriger Schlosser stand einen Tag nach dem Protestmarsch als Angeklagter vor einem Militärtribunal und wurde wegen „konterrevolutionärer Absichten“ zum Tode verurteilt. Wohin seine Leiche gebracht wurde, blieb bis heute ungeklärt. Sein Name wurde aus allen offiziellen Karteien getilgt – so als hätte es ihn nie gegeben. Seit 1993 ist in Jena eine Straße nach ihm benannt: Alfred Diener. 1995 wurde Diener übrigens wie die meisten der damaligen Opfer vom Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation rehabilitiert.

Auch wenn viele Namen und Tatsachen erst seit 1990 aufgearbeitet werden konnten, gab es im Westen unseres Landes schon vorher zahlreiche Momente des Gedenkens. Millionen Westdeutsche waren schockiert über die Niederschlagung des Aufstandes, äußerten ihr Mitgefühl und ihre Solidarität mit den Nachbarn im Osten. Schon fünf Tage nach Ausbruch des Volksaufstands benannte der Berliner Senat die Straße zwischen dem Brandenburger Tor und der Siegessäule in Straße des 17. Juni um. Und schon im August 1953 erklärte die westdeutsche Regierung den 17. Juni zum „Tag der deutschen Einheit“ und zum gesetzlichen Feiertag der Bundesrepublik Deutschland. Ost und West waren damals noch tief verbunden.

Der Bundespräsident des Jahres 2013 möchte an diesem Tag der alten Bundesrepublik von 1953, ihren Repräsentanten und Bürgern, von Herzen Dank sagen, dass das größere Deutschland den Freiheitsmut des kleineren Deutschlands aufbewahrte, ehrte und würdigte.

Später wurden Politik, Wissenschaft und Journalismus dem 17. Juni allerdings auch im Westen nur unzureichend gerecht. Nach einer Welle großer Aufmerksamkeit folgten bald Kommentare, die die Bewegung auf einen Arbeiteraufstand gegen die Normerhöhung reduzierten. In den 70er- und 80er-Jahren verweigerte sich der Zeitgeist zunehmend, einen Protest zu würdigen, der als antikommunistisch diskreditiert schien. Und Bonn suchte den Ausgleich mit Ostberlin; man wollte die Annäherung nicht erschweren. 1968 diskutierte die Große Koalition sogar die Abschaffung des Gedenktags. So wurde der 17. Juni auch im Westen zum Thema von einzelnen Engagierten, die gegen den Strom schwammen und Kritik am Kommunismus weder als konservativ noch als reaktionär verstanden wissen wollten. Ihnen gebührt ausdrücklich unser Dank!

Ich bekenne ausdrücklich, dass es eine Zeit gab, in der auch ich – wie viele bürgerliche und liberale Intellektuelle in den 50er-Jahren mit einem Thomas Mann zugeschriebenen Diktum – den Antikommunismus für die Grundtorheit der Epoche hielten. Doch eigentlich konnte man es doch damals schon wissen: Es gibt zwei Arten von Antikommunismus. In der Zeit des Kalten Krieges konnte er einerseits einem Vorurteil entspringen, einem Verschwörungsdenken, einer Intoleranz oder auch einer reaktionären Arroganz: Wem der Antikommunismus als McCarthyismus begegnete, als Ausschaltung von gesellschaftskritischen Impulsen und Personen, für den hieß ein Gebot der Aufklärung: So nicht.

Aber wer nicht erkannte, dass es einen Antikommunismus gab und gibt, der entstanden ist aus Leid, der Erfahrung von Willkür und Unrecht, aus millionenfachem Tod und auch wegen der Auslöschung des mühsam gewachsenen und errungenen Demokratieprojekts, der hat das 20. Jahrhundert nicht verstanden.

Für mich und unzählige Menschen in Mittel- und Osteuropa ist dieser aufgeklärte Antikommunismus nicht nur ein Erfordernis zur Verteidigung unserer politischen Kultur, sondern – als Empathie mit den Opfern – ein Gebot des Humanismus.

In den vergangenen Jahrzehnten allerdings war uns, auch uns, den Oppositionellen in der DDR, diese Differenzierung zumeist nicht klar. Anders etwa als die polnische Opposition wollten die meisten Opponenten bei uns sich nicht als Antikommunisten verstehen. Vielleicht erklärt dies auch ein wenig die Tatsache, warum es der SED eigentlich gelingen konnte, die Erinnerung an den 17. Juni im Osten zu marginalisieren oder vielleicht gar ganz zu ersticken.

Zudem folgte auf die erste Euphorie damals der große Schrecken. Die Staatsmacht überzog das Land im Sommer 1953 mit Verhaftungswellen und Schikanen gegen Zehntausende mutmaßliche Provokateure. Nie war die Zahl der sogenannten Republikflüchtlinge so hoch wie in den Jahren nach 1953. Zurück blieben ein Klima der Angst und die lähmende Erfahrung einer Kette von Niederlagen, auch in unseren Nachbarländern. Denn alles scheiterte: der Aufstand in Ungarn 1956, die Arbeiterunruhen in Polen 1956, der Prager Frühling 1968, selbst die große bedeutende Solidarność-Bewegung in Polen 1980. Der 17. Juni wurde so in Deutschland zum kollektiven Trauma: marginalisiert, verdrängt, verschwiegen – vergessen.

Erst heute ist uns eine neue Sichtweise möglich: Kann, was wir als eine Kette von Niederlagen sahen, nicht auch als Entwicklungsprozess der mitteleuropäischen Völker hin zu Freiheit, Demokratie und Recht interpretiert werden? Und sollten wir eigentlich verschweigen, dass Deutsche am Beginn dieser Entwicklung standen?

Am 18.06.1953 schrieb die New York Times: „Wir wissen jetzt, und die Welt weiß es, dass in dem deutschen Volk ein Mut und ein Geist leben, die die Unterdrückung nicht ewig dulden werden.“

Warum war uns, die wir 1989 aufstanden, diese Erkenntnis noch so verborgen? Warum konnten wir uns damals noch nicht in die Tradition des 17. Juni stellen und den Aufstand von Hunderttausenden als Vorbild für uns nehmen? Waren die Sehnsucht nach Demokratie und Freiheit 1989 den Motiven von 1953 nicht auffallend ähnlich? Auch mir selbst ist damals diese Analogie gar nicht in den Sinn gekommen.

Und später? Nach der Deutschen Einheit überlagerten drängendere Probleme die überfällige Aneignung des 17. Juni durch die Ostdeutschen. Und in den alten Bundesländern war er nur noch ein Thema am Rande. Der schon lange gering geschätzte offizielle Feiertag wurde mit der Wiedervereinigung abgeschafft. Kritiker hatten ihn als überholt gescholten, denn er war zur Gedenkroutine verkümmert: für die meisten Menschen ein willkommener freier Feiertag, aber seines eigentlichen Sinns – der Feier von Freiheit – entleert. Das demokratische Ungarn hingegen erklärte den 23. Oktober, den ersten Tag des Aufstands von 1956, zu einem Nationalfeiertag.

Nötig wurde und wird also eine Annäherung aus beiden Richtungen, aus Ost wie West, an dieses historische Datum. Freiheit blieb für uns viel zu selten eine Größe, auf die wir uns selbstbewusst und selbstverständlich berufen wollten. Dabei hat Bundespräsident Johannes Rau schon vor zehn Jahren erklärt: „Heute wissen wir: Der 17. Juni ist einer der großen Tage deutscher Freiheitsgeschichte.“ Doch wir sind immer noch weit davon entfernt, den 17. Juni mit der gleichen Emphase zu benennen, wie die Tschechen ihren Prager Frühling oder die Polen ihre Solidarność. Auch in diesen Ländern verlor sich in Zeiten der Diktatur so mancher Traum in Enttäuschung, in Repressionen, manchmal sogar in einer Blutspur. Und trotzdem sind unsere europäischen Nachbarn voller Selbstbewusstsein, wenn sie ihre Erinnerungen an das Aufbegehren an die nächste Generation weitergeben.

Wir wollen deshalb, wenn wir heute im Parlament den Jahrestag begehen, auch den 17. Juni als Symbol der Freiheitstradition aus der „Erinnerungsreserve“ herausholen. Engagierte Bürgerinnen und Bürger schlagen zum Beispiel vor, dem Gedenktag im Sinne eines „Denktages“ mehr Raum zu geben in Schulen und Bildungseinrichtungen.

Aber die Tradition des 17. Juni zu würdigen, verlangt noch mehr. Es gilt, auch heute überall auf der Welt denen beizustehen, die sich, – obwohl diskriminiert und ausgegrenzt – mutig für Freiheit, Demokratie und Recht einsetzen. Mögen diese Verteidiger von Freiheits- und Menschenrechten auch zeitweilig unterliegen – so wie wir einst –, so sind wir ihnen, mit denen wir unsere Werte teilen, Beistand schuldig.

Wir wollen ihnen eine Stimme geben, wenn sie am Reden gehindert werden, und wir wollen ihnen Gehör verschaffen, wenn sie Öffentlichkeit suchen.

Aus unserer Erinnerung erwächst also auch eine Verpflichtung für heute. Und wir sagen es ganz einfach: Aus unserer Erinnerung an einst erwächst Solidarität jetzt!